

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a. 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 207.

Freitag, den 4. September 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Marinevorlagen.

Die erfreuliche Nachricht dringt in die Presse — und wir haben sie auch bereits mitgetheilt — daß Kontradmiral v. Tirpitz eine Marinevorlage im Betrage von 100 bis 150 Millionen Mark ausgearbeitet habe. Die Nachricht wird zwar bereits dementirt, allein das ist ja das gewöhnliche Schauspiel, um das Publikum an den kommenden fiskalischen Wellenschlag zu gewöhnen. Sicher ist nur, daß es bei den 150 Millionen nicht bleiben wird. Die Zahlen werden also noch wachsen, zur großen Freude — der Börse.

Denn die Börse ist sicher marinepatriotisch, sogar ultra-marine. Und mit ihr alle, welche Kapital auszuliehen oder überhaupt mit dem Staat ein Geschäftchen zu machen haben.

Warum denn nicht auch? Die Marinevorlage bedeutet eine Staatsanleihe von, sagen wir: 150 Millionen Mark, macht, bei 3 Prozent,  $4\frac{1}{2}$  Millionen Jahreszinsen. Bei wem wird die Anleihe aufgenommen? Beim Privatkapital. Wer erhält denn jahraus jahrein die Zinsen von dieser Summe? Das Privatkapital. Indem die Geldkapitalisten die Marinevorlage bewilligen, bewilligen sie damit sich selbst eine Jahreseinnahme von  $4\frac{1}{2}$  Millionen Mark! Da nun der „Patriotismus“ ihnen (den Geldkapitalisten) ein so profitables Geschäft ist, warum sollen sie nicht „patriotisch“ sein?

Aber die Arbeiterklasse, überhaupt das arbeitende Volk, welches die Steuern zu tragen hat, und in Folge davon auch die Zinsen der Staatsanleihen aus seiner Tasche zu zahlen hat!

Viereinhalb Millionen Mark, das macht schon was aus, und 150 Millionen Mark Schulden, das sind 3 Mk. per Kopf und 12 Mk. per Familie. Aber damit nicht genug! Jedes Panzerschiff erfordert doch auch die entsprechende Besatzung. Dann bleiben die Schiffe auch nicht das ganze Jahr auf Stapel stehen, sondern sie segeln in allen möglichen Gewässern herum, u. s. w., u. a. m. Das sind regelmäßige Ausgaben, für die man mit einer Anleihe nicht auskommt, sondern die jährlich aus dem Steuerfädel zu entrichten sind! Zuerst läßt man sich die Panzerschiffe bauen. Sind erst einmal diese da — nun, dann wird man eben auch für das andere aufkommen müssen.

Doch die Marinevorlage des Herrn von Tirpitz ist ja überhaupt nur der Anfang. Die bekannte Manier: zuerst will man einen Zipfelchen nur, — hält man einmal dieses fest, nachher schleppt man den ganzen Mantel herunter. Hier, in der Flottenfrage, ist das so sicher wie nur etwas. Denn mit einigen Panzerschiffen mehr ist es bei Weitem nicht gethan. Es handelt sich darum, ob Deutschland, das die größte militärische Macht in West-Europa ist, auch die größte Seemacht sein soll? Das Ideal ist England. Und Englands Kriegsflotte verfügt über weit mehr als zweimal so viel Schiffe, zweieinhalbmal so viel Panzerschiffe, fast fünfmal so viel Kanonen und im Frieden eine fünfmal so große Besatzung, als Deutschland.

Um England gleichzukommen, müßte Deutschland seinen Marinestapel vervierfachen, oder selbst verfünffachen. Das macht eine regelmäßige jährliche Mehrausgabe von zweihundert bis zweihundert- und-fünfhundert Millionen Mark. Dabei wird vorausgesetzt, daß die englische Flotte beim gleichen Bestand bleibt, was selbstverständlich nicht zutrifft. Denn gerade der Ausbau der deutschen Kriegsflotte wird England unfehlbar zwingen, auch seinerseits weiter zu bauen und zu rüsten. Und so geht es in bekannter Weise weiter.

Zu alledem braucht man Steuern, Steuern und immer wieder Steuern. Die Marinevorlagen werden die Tabakvorlage im Gefolge haben. Und dann werden wir wohl auch eine Reichs-Einkommensteuer erhalten, aber nicht etwa als Ersatz für die Verbrauchssteuern, sondern neben diesen. Die Braunkohlensteuer wird erhöht werden, die Biersteuer ebenfalls u. s. w.

Eins nach dem andern wird kommen in unerbittlicher Reihenfolge, wenn man nicht den Marinepekulationen von vornherein ein Ende setzt.

Principiis obsta! Du sollst dich dem Anfang widersetzen! Das ist die erste Regel in der Politik. Darum sucht man auch das Volk einzulullen, indem man anfangs möglichst „bescheiden“ auftritt — übrigens schöne Bescheidenheit: 150 Millionen — und dabei allerlei gewundene Versicherungen und Erklärungen abgibt, aus denen sich scheinbar ergeben soll, daß keine weiteren Forderungen zu erwarten sind, aus denen sich aber thatsächlich nur ergibt, daß man eben vorläufig und auf einmal nicht mit größeren Forderungen aufzutreten wagt. Jeder Zweifel schwindet, wenn man sich kritische Rechenhaftigkeit giebt von der Begründung, die den Marineforderungen seitens ihrer Befürworter gegeben wird.

Die Marinefrage begann aktuell zu werden mit dem japanisch-chinesischen Krieg, wie ja alle politischen Verwicklungen der letzten Zeit mehr oder weniger direkt an dieses Ereigniß anknüpfen. Damals, als man sich beeilte, dem siegreichen Japan einen Dämpfer aufzusetzen, um so dem bei weitem mehr gefährlichen Rußland die Kastanien aus dem Feuer zu holen, da wurden die ersten Seufzer laut, daß die deutsche Kriegsflotte neben den anderen sich recht blamabel ausnehme. Wie schade! Sonst würde man ja dem russischen Zarenthum durch überaus kluge Diplomatie noch mehr Liebesdienste erweisen können! Doch blieb die Flottenangelegenheit noch immer eine liebhaberei, eine Art Sport einzelner Herren aus den Hochkreisen, bis der Konflikt mit England wegen Transvaal sich ereignete. Da loberte der Konkurrenzneid und in seinem Gefolge der Brittenhaß hell auf, und nun begannen auch die Marinepläne konkrete Gestalt zu gewinnen. Denn es war klar: wenn man mit England politisch wetteifern will, so muß man ihm vor allem auf der See gewachsen sein. Das der Grund der Marineforderungen, und in diesem Sinne werden sie auch befürwortet. Dann aber ist es eine Schraube ohne Ende.

Wie die militärische Entwicklung des letzten Vierteljahrhunderts durch die Konkurrenz zwischen Deutschland und Frankreich beherrscht war, so soll jetzt zwischen Deutschland und England ein Wettkampf um die Marine eröffnet werden, der ebenfalls nothgedrungen zu einer Wettjagd sämtlicher europäischen Großstaaten ausarten muß. Und wieder heißt es: Wir können nicht anders!

Nicht wahr, wohl kann man es anders machen, und das ist jetzt sogar unvergleichlich leichter, als damals, da man Frankreich Elsaß-Lothringen entriß! Die Lösung ist einfach; nicht ein Wettstreit mit England, sondern ein Bündniß mit England. Ein kommerzielles und politisches Bündniß zwischen England und Deutschland würde beiden Ländern unendlich mehr Vortheile verschaffen, als ganz Transvaal und das gesammte Gebiet der deutschen „Interessensphäre“ in Afrika werth ist, denn das würde ihnen für eine geraume Zeit die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt sichern.

Die handelspolitische Seite dieser Frage werden wir bei anderer Gelegenheit erörtern, diesmal seien nur die Vortheile in Bezug auf die Kriegsflotte hervorgehoben. Diese erhellen aus folgender Uebersicht, deren Zahlen sich auf das Jahr 1893 beziehen:

	Bestand der Kriegsflotte:				
	Schiffe	Ge- schütze	Panz- schiffe	Davon Torp- boote	Be- satzung
Dreibund . . . . .	609	4217	76	390	102 780
Großbritannien . . . . .	695	6341	95	248	100 520
Zusammen 1894	10558	171	638	203	280
Deutschland und England zu- sammen	917	8801	130	484	120 770
Frankreich und Rußland zu- sammen	629	5016	117	458	117 520

Der Dreibund ist also in Bezug auf die Kriegsflotte weber Großbritannien, noch dem Zweibund Rußland-Frankreich gewachsen. Dagegen wäre schon eine Vereinigung zwischen Deutschland und England dem Zweibund weit überlegen, währenddem eine Verbindung des Dreibundes mit England eine Macht bildet, welche alle andere total niederdrückt. Wenn Deutschland sich mit England verbindet, so hat es sicheren Schutz auf allen Meeren der Erde, ohne einen Pfennig für die eigene Flotte auszugeben. Wenn Deutschland sich gegen England wendet, so hat es einen Wettbewerber nicht nur mit England, sondern auch mit Frankreich und Rußland auszuhalten. Ist denn die Wahl so schwer?!

Keine sinnlose Wettjagd auf Kosten der Steuerzahler! Keinen Kampf, sondern ein Bündniß! Keinen Krieg, sondern Frieden! Und darum weg mit den Marinevorlagen!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Bronart v. Schellendorf soll doch noch Revanche für seinen Rücktritt erhalten. Auch sein Hauptgegner, der Chef des kaiserlichen Militärkabinetts, General v. Sahnke, soll nach der „Täglichen Rundschau“ aus seinem Amte scheiden. Aber während Bronart v. Schellendorf sich mit der rein dekorativen Stellung eines General-Adjutanten begnügen muß, fällt General v. Sahnke die Treppen hinauf, er soll an Stelle des General-Obersten v. Loë Gouverneur von Berlin und Höchstkommandirender in den Marken werden.

Mit der Umwandlung der 4 prozentigen Reichs- und Staatsanleihen soll nun wirklich Ernst gemacht werden. Der bayerische Finanzminister, der die Ermächtigung des bayerischen Landtags zur Konvertirung der Anleihen schon besitzt, hat mit dem Reichsschatzsekretär und dem preussischen Finanzminister über ein gleichartiges Vorgehen verhandelt. Entsprechende Vorlagen sind, wie der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ aus Berlin geschrieben wird, für den Reichstag, für den preussischen Landtag und andere Einzelstaaten demnächst mit Bestimmtheit zu erwarten. Wie große Interessen bei dieser Umwandlung auf dem Spiele stehen, beweist die Thatsache, daß Preußen allein noch über 4 Milliarden, Bayern reichlich 1 Milliarde und das Reich 450 Millionen 4 prozentige Staatspapiere besitzen, während die 3 prozentigen Anleihen der deutschen Staaten seit Jahr und Tag den Pari-Kurs erreicht haben.

Mit der Umwandlung der hochprozentigen in niedriger zu verzinsende Staatspapiere sind wir einverstanden; wir wollen nur wünschen, daß die erhebliche Zinsersparniß nicht in Kriegsschiffen und ähnlichem angelegt werde.

Der Boykott geht fort. Der Boykott des Börsengartens in Königsberg geht weiter. Nunmehr haben auch die Korps und die Burschenschaften der Universität beschlossen, den Garten nicht mehr zu besuchen. Vorausichtlich wird aber der Garten auch diesen furchtbaren Schlag der buntbemühten Kulturkummel überwinden, um so mehr, da die zumeist schwachen vier Korps und drei Burschenschaften nur einen geringen Bruchtheil der Studentenschaft darstellen. Zum Affessorismus und Militarismus gesellt sich der würdige Vorläufer, die studentische „Patent“knabenchaft.

Wohin die rechtsgelehrte Dialektik führt, die, um Volksbrauch und Volkssitte sich nicht kümmert, zeigt folgender Fall. Die Strafkammer des Landgerichts Halle verurtheilte den Arbeiter Gengel aus Lauchstädt und dessen Ehefrau, beide bisher unbefragt, wegen schwerer Kuppelerei zu je 1 Jahr Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust, der zulässig niedrigsten Strafe für den Fall. Es handelte sich um den Verkehr ihrer erwachsenen Tochter mit ihrem Geliebten, welches Verhältniß auch zu regelrechter Heirath geführt hat. Die Leute waren beschuldigt, bedenklichen Verkehr der jungen Leute gestattet und geduldet zu haben; sie waren geständig, da sie sich dabei nichts Arges gedacht. Ein solches Verhältniß ist aber als schwere Kuppelerei strafbar, selbst wenn nicht Gewohnheitsmäßig oder Eigennutz vorliege. Den überraschten Verurtheilten wurde in dessen der Rath gegeben, ein Gnadenge such einzureichen, das Erfolg haben dürfte.

Ein in Köln abgehaltener rheinischer Handwerkertag hat voll künstlerischer Freude den Gesehentwurf, betr. die Organisation des Handwerks begrüßt, aber bedauert, daß die Bestimmungen zur Ausbildung der Lehrlinge nicht weit genug ausgedehnt sind, und daß der Befähigungsnachweis in den Entwurf nicht aufgenommen ist. Die Debatten waren von lebhafter Färbung. Ein Redner erklärte:

„Sollte der Gesehentwurf selbst nicht angenommen werden, so glaube ich, daß nicht mehr 25 Jahre, sondern nur 25 Monate dazu nöthig sein werden, um unseren Forderungen Geltung zu verschaffen. Denn dann werden wir nicht mehr demüthig bitten, sondern stürmisch fordern und der Regierung unsere Forderungen abtrogen, wie es heute schon die gefährdete Sozialdemokratie thut.“

Elberfeld. Der wegen „Verächtlichmachung“ der Todesstrafe gegen den verantwortlichen Redakteur der „Elberfelder Freien Presse“, Genossen Grimpe, anhängige Prozeß sollte anfänglich am 27. August vor der dortigen









